

Bericht BSA-Klausur 5. bis 8. Juli 2015

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

es war die erste Sitzung des neu gewählten Bundes-seniorenausschusses.

In dieser dreitägigen Klausur wurde das Präsidium gewählt, Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit erörtert und auch wie die notwendigen SeniorInnen relevanten Informationen aus den Fachbereichen in den BSA übermittelt werden können.

Darüber hinaus wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die die Broschüre „Das Seniorenpolitische ver.di.-Programm“ überarbeiten wird.

Wahl des Präsidiums

Als stellvertretende Vorsitzende wurde Lydia Dreckhahn-Dempewolf gewählt. Die weiteren Mitglieder sind Beate Blumenberg, Gerda Hoffmann und Monika Weltken. Ferner gehören Brigitte Costard und Holger Mahler als designierte GR-Mitglieder dem Gremium an. Als gewählter Vorsitzender des BSA ist Friedhelm Oberst automatisch Vorsitzender des Präsidiums.



v.l. Holger Mahler, Lydia Dreckhahn-Dempewolf, Brigitte Costard, Gerda Hoffmann, Friedhelm Oberst, u. Monika Weltken, Beate Blumenberg

Altersversorgung oder Vorsorgelüge

Das sinkende Rentenniveau beschäftigt den BSA seit einem Jahrzehnt und die damit einhergehende Altersarmut.

Dies war ein Grund die Wirtschaftsjournalisten Holger Baldonis und Dagmar Hühne einzuladen, die sich mit



dem „Kriminalfall Rentenlüge“ in den Medien und in Büchern einen Namen als Experten zur Sozialversicherung gemacht haben.

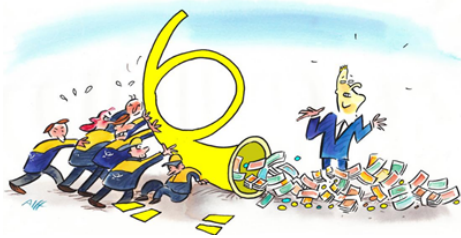
Sie führten aus, dass bei der Rentenreform 2001 eine Gewichtsverschiebung von der umlagefinanzierten zu einer kapitalgedeckten Rente stattfand. Das heißt: Die zukünftigen Rentenkürzungen sollten durch das mittlerweile bekannte Drei-Säulen-Modell bestehend aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge aufgefangen werden. Dies bedeutete gleichzeitig einen Paradigmenwechsel, nämlich von der Lebensstandard sichernden gesetzlichen Rente zur Altersversorgung aus mehreren Säulen.

Gleichzeitig wurde öffentlich wirksam für die private Vorsorge geworben. Profiteure waren die Finanzwelt und Versicherungen. Und dass es mit der kapitalgedeckten privaten Vorsorge nicht funktioniert, ist auf Grund der augenblicklich niedrigen Zinsen nachzuvollziehen, aber auch durch den Erfindungsreichtum der Versicherer, wenn sie beispielsweise bei ihren Berechnungen von einem Lebensalter um die 100 Jahre ausgehen.

Die Autoren plädieren für Ausbau des Umlagesystems und damit für die Stärkung des gesetzlichen Rentensystems und sehen dies beispielsweise darin, dass alle Erwerbstätigen in die Rentenkasse einzahlen sollten. Für ein würdevolles Leben im Alter sollte eine Mindestrente garantiert werden.

Bericht BSA-Klausur 5. bis 8. Juli 2015

Aus dem Bundesvorstand



Andrea Kocsis, ver.di-Vorstandsmitglied und verantwortlich für die Seniorenpolitik,

ließ es sich nicht nehmen, trotz des wenige Stunden vorher beendeten PostStreiks persönlich die Senioren zu informieren und sich gleichzeitig für die gute Unterstützung vor Ort zu bedanken.

Wenngleich der erste Eindruck nach dem Abschluss für Außenstehende nicht unbedingt als großer Erfolg erschienen sein mag, konnten doch befriedigende Ergebnisse erreicht werden.

„Es ist uns gelungen, die verbleibenden Paketzusteller in der Deutschen Post AG dauerhaft abzusichern. Das ist für die Betroffenen von großer Wichtigkeit“, sagte sie. „So verbleiben die derzeit rund 7.650 Paketzusteller im Wege einer individualrechtlichen Absicherung dauerhaft bei der Deutschen Post“, hob sie weiter hervor.

Darüber hinaus erhalten Beschäftigte, die zum Stichtag 1. Juli 2015 länger als 24 Monate ununterbrochen befristet eingestellt waren, bei Eignung ein unbefristetes Arbeitsverhältnis. Ferner verpflichtete sich die Post, ihre aktuell im Unternehmen arbeitenden Paketzusteller beim Mutterkonzern zu behalten. Nur neu eingestellte Beschäftigte können damit in die ausgegründeten Gesellschaften kommen. Der Kündigungsschutz wird zudem um vier Jahre bis Ende 2019 verlängert. Eine Vergabe von Brief- oder kombinierter Brief- und Paketzustellung an Fremdfirmen ist bis Ende 2018 ausgeschlossen.

Obwohl die Posttochter DHL Delivery nicht verhindert werden konnte, haben die Beschäftigten durch das Erreichte dennoch an Sicherheit gewonnen. Sei es, dass befristete Verträge in unbefristete verwandelt werden oder die Paketzusteller weiterhin zum Mutterkonzern gehören und nicht einfach versetzt werden können.

Zum Kita-Streik sagte Andrea Kocsis, dass die Erwartungshaltung sehr groß gewesen sei und sich die 300 Streikdelegierten schwer taten, den Schlichterspruch zu akzeptieren. Deshalb findet eine Mitgliederbefragung bis Anfang August statt. Danach solle eventuell über weitere Streikmaßnahmen nachgedacht werden.



Mütterrente

Wiederum einen breiten Raum im BSA nahm die Diskussion zur Mütterrente ein. Die ver.di-Senioren sind für die rentenrechtliche Anerkennung und Honorierung der Erziehungszeiten. Womit sie allerdings nicht einverstanden sind, ist, dass diese Rente aus Beitragsmitteln finanziert wird. Sie sind der Auffassung, dass dies eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei und aus Steuermitteln finanziert werden müsse. Bei jährlichen 6,5 Milliarden Zusatzkosten schmälert dies erheblich die Rentenrücklagen mit fatalen Auswirkungen für die zukünftigen RentnerInnen. Dies wollen die SeniorInnen auf dem Bundeskongress thematisieren und auch die Frage aufwerfen, ob dies verfassungsgemäß ist.

Bildung

Die Arbeitsgruppe Bildung bekräftigt den Beschluss, die Senioren-Seminare ganz von ver.di zu planen, zu konzipieren und durchzuführen. Der Arbeitsgruppe gehören Gerda Hoffmann, Marion Kettelhake und Hermann Wilkens an.

Zukünftige Arbeitsschwerpunkte

Bleibt noch anzumerken, dass das Präsidium die vorgelegten Arbeitsschwerpunkte sichten und ordnen wird. Auf der nächsten Sitzung im November wird es einen Vorschlag zur Abarbeitung der vorgelegten Themen geben.